

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Pia-Beate Zimmermann (LINKE), eingegangen am 24.06.2009

„Tostedt ist bunt, und auch braun ist eine Farbe“ - Teilt die Landesregierung die Position des Leiters der Polizeiinspektion Harburg?

Im Zusammenhang mit dem rechtsextremen Szeneladen „Streetwear Tostedt“, welcher auch das Neonazitreffen am 20. Juni 2009 in Eschede (Landkreis Celle) unterstützt hat, und einem verstärkten Auftreten von Neonazis in Tostedt haben sich Jugendliche der christlichen Jugend Tostedt mit einem offenen Brief an Politik und Öffentlichkeit mit der Bitte um Stellungnahme gewandt. Bei einer anschließenden Veranstaltung zu dieser Thematik war auch der Leiter der Polizeiinspektion Harburg, Uwe Lehne, anwesend.

In einem Beitrag der *Harburger Anzeigen und Nachrichten* heißt es wie folgt: „Aus Sicht von Uwe Lehne, Polizeichef im Landkreis Harburg, hat Tostedt im Moment kein wirkliches Problem mit den Rechten. ... ‚Wir sehen es als nicht kritisch an, was sich hier in Tostedt etabliert‘, sagte Lehne. Es gebe sehr wohl eine Szene aus alteingesessenen Rechten und Mitläufern. Polizei und Verfassungsschutz verfolgten die Entwicklung genau. Was sich im Moment dort abzeichne, sei aber nicht besorgniserregend. Tostedt dürfe jetzt nicht die Fehler von damals wiederholen und einseitig polarisieren, die Rechten ausgrenzen und ihnen gegenüber nicht mehr gesprächsbereit sein, warnte Lehne. Es könne auch nicht sein, dass Linke die Rechten angingen und auf der Straße verfolgten. Die NPD und Rechtsgesinnte seien nun mal nicht verboten. ‚Tostedt ist bunt, und auch braun ist eine Farbe‘, sagte Lehne.“

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextreme Aktivitäten und Strukturen in Tostedt vor, und wie beurteilt sie diese?
2. Teilt die Landesregierung die Aussage des Leiters der Polizeiinspektion Harburg, Uwe Lehne, dass Tostedt im Moment kein wirkliches Problem mit Rechten hat, und, wenn ja, wie begründet sie das?
3. Teilt die Landesregierung die Aussage des Leiters der Polizeiinspektion Harburg, Uwe Lehne, dass Tostedt bunt ist und auch braun eine Farbe ist?
4. Wenn ja, wie begründet sie das?
5. Wenn nein, welche dienstrechtlichen Maßnahmen wird die Landesregierung in diesem Zusammenhang gegen den betreffenden Leiter der Polizeiinspektion einleiten?

(An die Staatskanzlei übersandt am 26.06.2009 - II/721 - 373)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres, Sport und Integration
- P23.23 12319/19-1.1.3 -

Hannover, den 17.09.2009

Die Region um Tostedt zählt aktuell zu einem der Schwerpunkte der rechtsextremistischen Skinheadszenen und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten sowie neonazistischer Aktivitäten.

In den Jahren 2003 bis 2008 wurden im Bereich der Samtgemeinde Tostedt zwischen 2 und 13 Straftaten pro Jahr registriert, die der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - zugeordnet werden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Propagandadelikte in Form von Plakataktionen, Farbschmierereien und Kleben von sogenannten Spuckies sowie um Straftaten im Rahmen der Auseinandersetzungen mit Angehörigen des linken Spektrums.

Für das Jahr 2009 zeichnet sich ein Anstieg der Fallzahlen ab. Insbesondere die Anzahl der Gewaltdelikte wird deutlich zunehmen. Gründe dafür liegen nach einer ersten Bewertung in der Straftatenbegehung anlässlich vermehrter demonstrativer Aktionen und der Kontroverse mit der linken Szene bzw. dem bürgerlichen Spektrum.

Die rechtsextremistische Szene in Tostedt, der ca. 25 bis 30 Personen zugerechnet werden, tritt öffentlich teilweise unter der Bezeichnung „Gladiator Germania“ bzw. „Gladiator Tostedt“ auf. Einige Angehörige nehmen regelmäßig an rechtsextremen Veranstaltungen teil. So fand unter deren Beteiligung am 28. Juni 2008 in Neu Wulmstorf unter dem Motto „Tostedt ist bunt - wir bleiben braun“ eine Veranstaltung mit ca. 100 Personen statt. Ferner konnten sie am 2. August 2008 bei einem Gedenkmarsch in Bad Nenndorf, am 16. November 2008 bei einer Kranzniederlegung aus Anlass des sogenannten Heldengedenkens in Tostedt und am 14. Februar 2009 im Rahmen einer Demonstration in Dresden als Teilnehmer festgestellt werden.

Diese überwiegend als Sympathisanten und Mitläufer zu bezeichnenden Personen sind der Polizei bekannt. Es handelt sich vornehmlich um Jugendliche und junge Erwachsene. Verfestigte einheitliche Strukturen bestehen derzeit in Tostedt nicht.

Im Jahr 2005 eröffnete das Ladengeschäft „Streetwear Tostedt“ in Tostedt, in dem Kleidung und Musik für die rechte Szene vertrieben werden. Das Geschäft ist auch in der überörtlichen rechten Szene bekannt und wird vermehrt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Anlaufstelle genutzt. Der dem rechtsextremistischen Spektrum angehörende Geschäftsinhaber stellt insbesondere für die jüngeren Kunden eine Art „spiritus rector“ dar und ist sowohl wegen allgemeiner als auch staatschutzpolizeilicher Delikte in Erscheinung getreten. Er übernimmt in der rechtsextremistischen Szene Tostedts eine herausragende Funktion, organisiert u. a. Busfahrten zu überörtlichen Veranstaltungen, nimmt selbst an diesen teil und unterhält enge Verbindungen zu rechtsextremistischen Kameradschaften.

Am 1. Mai 2009 kam es in Tostedt zu Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der linken und rechten Szene. Etwa 35 Personen aus dem linken Spektrum hatten sich fußläufig vom Bahnhof Tostedt zum o. g. Geschäft begeben und im dortigen Nahbereich eine zuvor angemeldete versamlungsrechtliche Aktion durchgeführt. Im Anschluss wurden sie durch Polizeikräfte zum Bahnhof zurückgeleitet. Zwischenzeitlich hatten sich ca. 30 Personen der örtlichen und überörtlichen rechten Szene zusammengefunden und versuchten, den Aufzug - links - zu stoppen. Dies konnte durch die Polizei verhindert werden. In diesem Zusammenhang kam es zu Straftaten (Flaschenwurf, Körperverletzung und Propagandadelikte) aus dem rechten Lager.

Die „Christliche Jugend Tostedt“ wandte sich am 9. Mai 2009 in Form eines offenen Briefes an die Vertreter der lokalen Politik. Die Verfasser forderten dazu auf, Stellung zu diesem rechtsextremistischen Szeneladen zu beziehen.

Daraufhin lud der Samtgemeindebürgermeister Tostedts zu einem Pressegespräch am 11. Mai 2009 ein, bei dem u. a. die jugendlichen Initiatoren des Briefes, Vertreter des Forums für Zivilcourage, verschiedene Medienvertreter und der Leiter der Polizeiinspektion Harburg anwesend waren.

In seiner dienstlichen Stellungnahme hat der Inspektionsleiter erklärt, dass er zu Beginn seiner Ausführungen im Rahmen des Pressegesprächs betont habe, dass die Samtgemeinde Tostedt stolz auf die Art und Weise der örtlichen Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Szene sein könne und die in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit des Forums für Zivilcourage und des Vereins Todglüsinger SV gelobt. Ferner hätte er ausgeführt, dass es eine Szene aus alteingesessenen Rechtsextremisten und jungen Mitläufern in Tostedt gebe und deutlich gemacht, dass die Polizei diese Entwicklung genau beobachte. Im Anschluss berichtete er über die Aktivitäten der rechten Szene in Tostedt und ging auf die Gefahren der Ausgrenzung jugendlicher Mitläufer des rechten Milieus ein.

Das aus dem Gesamtkontext entnommene und unangemessene Zitat „Tostedt ist bunt und auch braun ist eine Farbe“ wurde von ihm in Anlehnung an das regional bekannte Motto „Tostedt ist bunt“ zum Abschluss seiner Ausführungen verwendet. Intension seiner plakativen Aussage sei gewesen, eine Strategie der Gesprächsbereitschaft darzustellen und darauf hinzuweisen, dass es sich aufgrund der noch nicht gefestigten Strukturen der örtlichen rechtsextremistischen Szene lohnt, sich um die Rückgewinnung von Mitläufern und Sympathisanten zu bemühen, um damit das weitere Abtriften zu verhindern.

Keinesfalls war beabsichtigt, bisherige Aktionen gegen Rechtsextremismus mit rechtsextremistischen Aktionen gleichzusetzen.

Dieses vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung auf Grundlage der Berichterstattung der Polizeidirektion Lüneburg wie folgt:

Zu 1:

Siehe Vorbemerkungen.

Zu 2:

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden gehen konsequent gegen rechtsextremistische Bestrebungen jeglicher Art vor. Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund werden von der Polizei offensiv und nachhaltig verfolgt. Der rechtliche Rahmen wird bei sehr niedriger Einschreitschwelle vollständig ausgeschöpft.

Das zuständige Fachkommissariat der Polizeiinspektion betreibt diesbezüglich an den Schulen und bei Vereinen vermehrt Aufklärungsarbeit.

Zwischen der Polizei, Samtgemeindeverwaltung, den Jugendeinrichtungen und Vereinen besteht eine gute Zusammenarbeit.

Nach Einschätzung der niedersächsischen Sicherheitsbehörden ist die rechtsextremistische Szene in Tostedt als nicht organisatorisch gefestigt anzusehen und besteht überwiegend aus jüngeren Mitläufern, denen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Im Übrigen siehe Vorbemerkungen.

Zu 3 und 4:

Die Niedersächsische Landesregierung empfindet die plakative Erweiterung des regionalen Slogans als unangemessen.

Im Übrigen siehe Vorbemerkungen.

Zu 5:

Gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 2 ZustVO-NDiszG-MI sind die Polizeidirektionen für ihre Beamtinnen und Beamten höhere Disziplinarbehörde. Im Fall des Leiters der Polizeiinspektion Harburg ist dies die Polizeidirektion Lüneburg. Nach Veröffentlichung des Presseartikels wurde durch die Behördenleitung mit dem Inspektionsleiter ein Kritikgespräch geführt.

Uwe Schünemann